

Aktuelle wirtschaftspolitische Probleme des Euroraums

Peter Hohlfeld, Katja Rietzler, Rudolf Zwiener

Mit der Lissabon-Strategie setzte sich die Europäische Union ehrgeizige Ziele. Bis zum Jahr 2010 wollte sie der wettbewerbsfähigste und dynamischste Wirtschaftsraum der Welt werden. Doch davon ist bis heute – vor allem im Euroraum – wenig zu spüren. In den sieben Jahren seit der Einführung der Gemeinschaftswährung expandierte die Wirtschaft jährlich mit durchschnittlich 1,9 % und liegt damit hinter allen anderen Regionen.

Während die Ursachen für die Wachstumsschwäche von vielen Ökonomen oft in strukturellen Gegebenheiten – etwa am Arbeitsmarkt – gesucht werden, befassen sich die Autorinnen und Autoren dieses Schwerpunktheftes vorrangig mit der gesamtwirtschaftlichen Politik im Euroraum. Sie kritisieren einerseits, dass die Wirtschaftspolitik nicht angemessen ausgerichtet ist. Andererseits diagnostizieren sie eine mangelnde Koordinierung von Geld-, Finanz- und Lohnpolitik.

Den Anfang machen drei Beiträge, die die verschiedenen Politikfelder und ihr Zusammenspiel analysieren. Für Wolfgang Filc ist die Währungsunion bislang noch ein unvollendetes Integrationsprojekt. Er fordert eine Kooperation zwischen Lohnpolitik und Geldpolitik im Euroraum, bei der beide Träger der Stabilisierungspolitik sowohl auf Preisstabilität als auch einen hohen Beschäftigungsgrad abzielen. Mit der Geldpolitik setzt sich auch der Artikel von Philip Arestis und Warren Mosler auseinander. Die Autoren bemängeln, dass bei der Ausgestaltung der Europäischen Zentralbank (EZB) eine unzureichende Kopie der Bundesbank entstanden ist. Anders als früher in Westdeutschland wird dem Wechselkurs im Euroraum nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Ewald Walterskirchen führt die anhaltende Konjunkturschwäche auf eine einseitig angebotsorientierte Wirtschaftspolitik zurück, die die Nachfrageseite aus dem Blick verloren hat. Im Unterschied z. B. zu den USA kamen so in den vergangenen Jahren kaum Impulse von der Geldpolitik, während die Finanzpolitik versuchte, in der Stagnation zu sparen und so die Lage noch verschlimmerte. Zusätzlich hat die starke Lohnzurückhaltung in Deutschland die Binnennachfrage geschwächt.

Zwei weitere Beiträge widmen sich der Finanzpolitik im Euroraum. Ihr Spielraum wird weitgehend vom Stabilitäts- und Wachstumspakt bestimmt. Seine Lockerung im Frühjahr 2005 wurde insbesondere von der EZB und der Bundesbank als Aufweichung kritisiert. Dabei lässt sich – wie Jürgen Kromphardt in seinem Beitrag zeigt – weder theoretisch noch empirisch ein Zusammenhang zwischen Budgetdefiziten und Inflation in einer durch Unterauslastung der Kapazitäten gekennzeichneten Wirtschaft belegen. Iain Begg bezieht sich in seiner Betrachtung der Finanzpolitik auf die höchst aktuelle Ebene des EU-Haushalts. Er untersucht, wie weit seine Ausgestaltung mit den in der Lissabon-Strategie gesetzten Zielen vereinbar ist. Dabei identifiziert er drei Probleme: (1) mit rund 1% der Wirtschaftsleistung ist der EU-Haushalt zu gering, um ehrgeizige Ziele zu verfolgen; (2) zwischen der Kohäsionspolitik, die auf mehr Gleich-

heit ausgerichtet ist, und der Lissabon-Strategie, die auf mehr Wettbewerb zielt, besteht ein Widerspruch; (3) die Mitgliedsländer verfolgen nationalstaatliche Partikularinteressen, statt sich auf europäische Ziele zu konzentrieren.

Mit den zentrifugalen Kräften im Euroraum befassen sich die nächsten drei Aufsätze. Hier geht es um Divergenzen bei der Lohn- und Preisentwicklung im Euroraum. Nach einem beispiellosen Konvergenzprozess in den 90er Jahren nahmen insbesondere die Unterschiede bei den Inflationsraten im Euroraum wieder deutlich zu. Kirsten Lommatzsch diskutiert in ihrem Aufsatz mögliche Erklärungen für die wieder gestiegenen Inflationsdifferenzen und prüft empirisch, inwieweit diese zutreffen. Der Katalog möglicher Ursachen reicht von unterschiedlichen Gewichtungungen und Offenheitsgraden bis zu der These, dass die Inflationsdifferenzen Anzeichen eines Aufholprozesses sind. Auch die unterschiedliche Reaktion der Lohnpolitik auf Schocks kann einen Beitrag zur divergierenden Inflationsentwicklung im Euroraum leisten. Die Bedeutung der Lohnpolitik für die uneinheitliche Wirtschaftsentwicklung wird in den beiden folgenden und abschließenden Beiträgen noch einmal gesondert betrachtet. Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker sehen die Existenz der Währungsunion durch die deutsche Lohnzurückhaltung bedroht. Die Lohnentwicklung muss sich in den einzelnen Ländern der Währungsunion am Produktivitätszuwachs und der Zielinflationsrate orientieren, wenn es nicht zu kumulativen Ungleichgewichten kommen soll. Diese explizite Regel für die Lohnpolitik verwenden auch Camille Logeay, Katja Rietzler und Rudolf Zwiener. Sie untersuchen anhand eines ökonomischen Makro-Modells für vier ausgewählte Länder des Euroraums die Anpassungsprozesse bei Löhnen, Preisen und Beschäftigung und kommen zu dem Schluss, dass die Lohnpolitik in Frankreich noch am ehesten als produktivitätsorientiert gelten kann. Kleine Länder haben hingegen keinen direkten ökonomischen Anreiz, ihre Löhne am mittelfristigen Produktivitätszuwachs und der Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank auszurichten. Insbesondere Deutschland gefährdet aber mit seinen unterdurchschnittlichen Lohnsteigerungen das Wirtschaftswachstum in der Europäischen Währungsunion, da sich die Binnennachfrage in Deutschland zu schwach entwickelt und damit auch auf die Nachbarländer ausstrahlt.

Peter Hohlfeld, Wissenschaftler im Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung IMK in der Hans-Böckler-Stiftung.

e-mail: peter-hohlfeld@boeckler.de

Katja Rietzler, Wissenschaftlerin im IMK.

e-mail: katja-rietzler@boeckler.de

Rudolf Zwiener, Dr., Wissenschaftler im IMK.

e-mail: rudolf-zwiener@boeckler.de